



## Keine Abstellgleise für junge Migrantinnen und Migranten

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, Nele Hirsch, 16. August 2006

**Nele Hirsch, bildungspolitische Sprecherin, und Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin, lehnen den Vorschlag der Bundesagentur für Arbeit, 7.500 außerbetriebliche Ausbildungsplätze speziell für Jugendliche mit Migrationshintergrund einzurichten, ab.**

„Es ist ziemlicher Unfug, auf die aktuelle Ausbildungsmisere mit Sonderwegen und Abstellgleisen für Migrantinnen und Migranten zu reagieren“, kritisiert die bildungspolitische Sprecherin Nele Hirsch, "Was nach der Schule der Hauptschulabschluss ist, wäre nach der Ausbildung dann der Abschluss einer speziell für Jugendliche mit Migrationshintergrund angebotenen außerbetrieblichen Ausbildung."

Zwar sei dieser Vorschlag besser, als die Jugendlichen weiterhin eine Warteschleife nach der anderen in berufsvorbereitenden Ersatzmaßnahmen drehen zu lassen. Er trage aber nicht nachhaltig zur Lösung der Ausbildungsmisere bei und ändere kaum

etwas an der schwierigen Situation der betroffenen Jugendlichen. "Die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt werden sich für sie dadurch nicht verbessern", meint auch die migrationspolitische Sprecherin Sevim Dagdelen, "auch in diesem Fall wären sie als vermeintliche Versagerinnen und Versager abgestempelt." Angesichts einer Ausbildungsplatzlücke von bereits im letzten Jahr weit über 100.000 Plätzen seien die durch die Bundesagentur für Arbeit angebotenen 7.500 zusätzlichen Plätze ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Nele Hirsch wies auf die Forderung der Fraktion DIE LINKE. nach Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung hin: "Mit einer Umlagefinanzierung kann das Angebot an regulären Ausbildungsplätzen endlich der Nachfrage entsprechend ausgeweitet werden. Um allen Jugendlichen die Teilnahme an einer Ausbildung zu ermöglichen, muss die Sozialarbeit an den Berufsschulen erweitert werden." Dazu forderte sie von Bund und Länder ein Berufschulprogramm nach dem Vorbild des laufenden Ganztagschulprogramms: "Darüber könnten zusätzliche Förderangebote für benachteiligte Jugendliche finanziert werden ohne sie in eine Sonderrolle zu drängen und damit zu stigmatisieren."